

Sohenstein-Ernstthaler Anzeiger

zugleich

Oberlungwitzer Tageblatt
und
Gersdorfer Tageblatt

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet die Originalen 20 Pf., sonst 40 Pf., Bekanntheit 75 Pf.; bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachsch. Anstufungsteilung und Bemittlung von schriftlichen Angeboten 20 Pf. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Einspruch aus. Bei zwangsweiser Einstellung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anwendung. — Fernsprecher Nr. 161.

Wegzugspreis monatlich M. 1.50, durch Boten frei ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen M. 1.30, Wochenlaster 35 Pf. Bei Postbezug vierteljährlich M. 4.50 ausschließlich Zustellungsgebühr. Einzelne Nummer 10 Pf. Ausgabe werktäglich nachmittags. Falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streik, Sperrung, Auslieferung der Anzeiger verspätet oder nicht erscheint, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postfach Nr. 49214. Geschäftsstelle: Sohenstein-Ernstthal, Bahnstr. 8.

Tageblatt für Sohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Rösdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Mittelbach, Gröna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf usw.

Nr. 284

Dienstag, den 9. Dezember 1919

46. Jahrgang

Kartoffeln, die infolge Frostwetters auf dem Transport Frostschäden erlitten haben, im Erdkeller an der Goldbachstraße. Jede Person erhält 10 Pfund. 1 Pfund kostet 12 Pf. Abgezähltes Geld ist mitzubringen.
Dienstag 8-9: 4401-4500, 9-10: 4501-4600, 10-11: 4601-4700, 11-12: 4701 bis 4800, 2-3: 4801-4900, 3-4: 4901-5000, 4-5: 5001-5100.
Mittwoch 8-9: 3301-3400, 9-10: 3401-3500, 10-11: 3501-3600, 11-12: 3601 bis 3700, 2-3: 4901-4200, 3-4: 4201-4300, 4-5: 4301-4400.

Schweineschmalz für Kranke, 50 Gramm — 1 Mk. bei Schmidt.

Rindernterensett bei den Fleischern.

Die freigewordene Stelle der Schreibhilfe für die Pfarramtsexpedition ist sofort wieder neu zu besetzen. Besuche mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen sind baldigst einzureichen bei dem Kirchenvorstand zu Gersdorf.
Gersdorf, den 8. Dezember 1919.

Der Kirchenvorstand.
Raacke.

Fortsetzung der Kartoffelbelieferung.

Die weitere Belieferung der Landeskartoffelkarte Abschnitt B erfolgt Dienstag, den 9. und Mittwoch, den 10. Dezember 1919 in nachstehender Reihenfolge:
Dienstag, den 9. Dezember d. J., vorm. von 8-9 Uhr Orts-Nr. 241-250, 9-10: 251-260, 10-11: 261-300, 11-12: 301-330, nachm. von 2-3: 331-380, 3-4: 381-400.
Mittwoch, den 10. Dezember d. J., vorm. von 8-9 Uhr Orts-Nr. 401-410, 9-10: 411-420, 10-11: 421-480, 11-12: 481-440, nachm. von 2-3: 441-450, 3-4: 451-460.
Die Zeiten müssen pünktlich eingehalten werden, damit kein Andrang entsteht, der schließlich die Ausgabe erschwert.
Oberlungwitz, am 8. Dezember 1919. Der Gemeindevorstand.
Der 6. Termin Gemeindesteuer einschließlich Gemeindefiskus für 1919 ist spätestens bis Montag, den 15. Dezember d. J., an die hiesige Gemeindekasse — Rathaus Zimmer Nr. 2 — zu bezahlen. Alle verbleibenden Reste müssen zwangsweise eingezogen werden.
Oberlungwitz, am 5. Dezember 1919. Der Gemeindevorstand.

Neue Prämien für die Landwirtschaft.

Freie und gebundene Wirtschaft, die Sorgenfäden des Reichswirtschaftsministers, werden wohl noch eine ganze Zeitlang ein Streitobjekt der beteiligten Kreise bilden. Auch die Art des Abbaus wird noch viel Gemühter erregen, die sich auf ein schnelles oder langsames Tempo nicht einigen können. Eine der schlimmsten Einrichtungen der Zwangswirtschaft, die offenbar andauernd dem Gegenteil ihres gutgemeinten Zweckes dient, ist das sogenannte Prämienystem. Wir wollen gar nicht in Worte stellen, daß die zuständige Behörde nichts unversucht lassen darf, um den Erzeugern einen Anreiz zur erhöhten Abgabe ihrer Produkte, wie Kartoffeln, Getreide usw., zu geben. Sie hat sich infolgedessen auch schon während der Kriegszeit einem System angeschlossen, das den Landwirten für gewisse Mengen abgelieferter landwirtschaftlicher Erzeugnisse Prämien aussetzt. Der große Mangel an Brotgetreide und Kartoffeln hat nunmehr dazu geführt, daß der Reichsrat sich demnächst mit einer Vorlage beschäftigen wird, die vorsieht, daß bei Ablieferung von 70 Prozent ihrer abgabepflichtigen Getreideernte und 50 Prozent der abgabepflichtigen Kartoffelernte eine Prämie ausbezahlt werden soll. Diese Prämie soll sich nach Erfüllung der Lieferpflicht so weit steigern, daß bei hundertprozentiger Erfüllung die Prämie unter Umständen über 50 Prozent des Preises hinausgeht.

Es ist kaum glaublich, zu welchen Mitteln die Reichsregierung greifen muß, um die Bevölkerung der Städte und großen Industriegebiete vor Lebensmittelmangel zu schützen. Das Geschrei der Hungernden würde in Deutschland, wenn die vorhandenen Vorräte vollkommen abgeliefert würden, kaum zu irgendeiner Jahreszeit aufstöhnen können. Leider hat sich aber in einem immerhin nicht kleinen Kreise der produzierenden Bevölkerung die Sucht, übermäßige Gewinne zu erzielen, immer mehr verbreitet. Um nun genügend Vorräte für die Bevölkerung sicherzustellen, sieht sich die Regierung genötigt, nicht etwa für vollkommen erfüllte Lieferpflicht eine Prämie auszugeben, nein, schon von 50 bis 70prozentiger Erfüllung an muß sie das Prämienystem in Anwendung bringen. Ganze 50 oder 30 Prozent können immer noch beim Erzeuger verbleiben. Man bedenke: ein Gut, das 1000 Zentner Kartoffeln und 1000 Zentner Getreide abzuliefern hätte und nur 50 oder 70 Prozent seiner Pflicht nachkommt, kann also ebensoviel der Erzeugnisse beim Selbstverkauf dem Schleichhandel zuführen. Man kann sich also leicht ausrechnen, welche Mengen der Allgemeinheit entzogen werden.

Wir möchten doch einmal feststellen, daß die Bevölkerung der Städte und großen Landgemeinden auch ihre Pflicht, nämlich die der Arbeit in den Fabriken, Betrieben, Werkstätten, Geschäften und Büroräumen zu erfüllen hat und

auch erfüllt. Bei nur mangelhafter Erfüllung dieser Pflicht des Städtlers wird sich wohl kein Arbeitgeber und kein Arbeitsminister dazu bereit finden, für den übrigen Rest etwa eine „Arbeitsprämie“ zu zahlen. Es ist tief zu beklagen, daß ein Teil der ländlichen Erzeuger für die Not der Bevölkerung in der jetzigen Zeit so wenig Verständnis an den Tag legt und lieber das schwere Geld der Schleichhändler einfließt, als sich mit den von der Regierung festgesetzten Preisen begnügt. Wenn dagegen geltend gemacht werden sollte, die Produktion habe sich ganz erheblich verteuert, so ist das an sich zweifellos richtig. Sache der Regierung ist es, dem Landwirt Preise zu stellen, bei denen dieser für unsere Gesundheit so wichtige Stand auch auszukommen vermag. Die heutigen Preise sind, wie Wirtschaftsinhaber Schwarz erst kürzlich feststellte, zu niedrig. Nun aut, so erhöhe man sie doch! Nicht aber dadurch, daß man das Geld nur so zum Fenster hinauswirft als Belohnung für eine nur mangelhafte Erfüllung der Lieferpflicht. Die Erhöhung der Prämien wird natürlich eine Steigerung der Lebensmittelpreise nach sich ziehen, die kein anderer zu tragen hat als die breite Masse. Schuld an den jetzigen Zuständen sind eben die falschen Maßnahmen, die man unentwegt fortsetzt. Man zieht damit nur weiter groß das Beer der Schieber und Schleichhändler, die dem Landwirt für bedeutend höhere Preise, als sie vom Staat festgesetzt sind, die Erzeugnisse abnehmen. Hoffentlich schaffen die Wuchergerichte hier endlich energisch und mit der nötigen Rücksichtslosigkeit einige Abhilfe. Aber auch das wird die Zustände nicht völlig ändern können. Es bleibt letzten Endes annehmend nichts anderes, als mit dem bisherigen System der Zwangswirtschaft zu brechen. Sie wirkt nunmehr absehbar. Denn es schlägt doch jeder Vernunft ins Gesicht, wenn man Belohnungen dafür auswerfen muß, daß der Erzeuger sich herbeiläßt, nur die Hälfte (oder 70 Prozent) der Mengen der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, die er abzuliefern verpflichtet ist. Immerhin bedeutet das neue System der Prämien doch noch eine Verbesserung gegenüber der Kartoffelbelieferungsprämie, bei der gerade der pünktliche und auf rechtzeitige Ablieferung bedachte Landwirt leer ausging, während sein Nachbar, der wartete, bis die Preise stiegen, obendrein noch eine Prämie erhielt.

Man räume endlich einmal mit einem derartigen System auf, gebe dem Erzeuger Preise, bei denen auch er in diesen Zeiten zu existieren vermag. Wir glauben, daß der Landwirt bei auskömmlichen Preisen sicherlich auf derartige Einleitungen, wie Prämien, verzichtet. Daß die heutigen Preise nicht ausreichend sind, läßt sich an vielen Beispielen nachweisen. Ebenso, wie Sohenstein-Ernstthal mit seinen städtischen Küchen einen Reifall erlebte und „zubuttern“ mußte, ist es nun auch in Gröna, wo der Stadt ein Verlust von 16 000 Mk. erwächst. Ferner: Der Kaiser hat einen Grundpreis von knapp 20 Pf. und dabei kommen die Kaisererzeugnisse nicht unter 2 Mk. in den Besitz des Konsumenten usw.

Der Reichskanzler über die Lage.

Bei dem Empfangsabend des Vereins Berliner Presse im Berliner Rathaus hat der Reichskanzler am Sonnabend eine hochbedeutende politische Rede gehalten. Er trat in warmen Worten für das Berlin der Arbeit ein. Mit kurzen Strichen zeichnete er die Gründe, aus denen die Zustimmung gegen Berlin ihre Kräfte zog, vor allem die Tatsache, daß die Reichshauptstadt während des Krieges und auch heute noch der Ausgangspunkt aller wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen sein muß, die so tief und unangenehm in das Leben jedes einzelnen eingeschritten haben. Der Reichskanzler lehnte es ab, diesen Zwang heute, wo der wirtschaftlich Schwache ihn noch nicht entbehren könne, vollständig abzubauen. Auch anderen gewaltsamen Mitteln zur Erleichterung der Verhältnisse, insbesondere die von der Landwirtschaft geforderte Erhöhung der Preise auf den Weltmarktpreis, konnte er nicht zustimmen und schiederte in eindringlicher Weise die Folgen von solchen Maßnahmen, die schließlich zur vollständigen Selbstwertung und damit zum Bankrott führen müßten. Das Heil des Volkes und dann auch der Landwirtschaft, der er jede Förderung zulag, liegt in der Stärkung der Arbeitslust und des Arbeitswillens der Industriearbeiter, denn für alle gelte der Wahlspruch: Nicht diskutieren, sondern produzieren.

Uebergend zu der Frage der äußeren Politik führte er u. a. aus:
Es ist verschiedentlich die Behauptung aufgetaucht, die Verhandlungen über das Schlußprotokoll und vor allem über die im Friedensvertrag nicht enthaltenen Forderungen seien von uns verzögert oder gar unterbrochen worden. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die ausgeprochenen Zweifel an der aufrichtigen Absicht Deutschlands, die Bestimmungen des Waffenstillstandes und die des Friedensvertrages zu erfüllen, sind unbegründet. Die deutschen Vertreter in Paris waren seit langem mit Vollmacht zur Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls versehen. Erst am 2. November wurde uns davon Kenntnis gegeben, daß England, Frankreich und Italien die Ratifikation vollzogen haben. Diese drei Mächte haben aber nicht ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Frieden durch Errichtung des Ratifikationsprotokolls ohne weiteres in Kraft zu setzen, sondern haben hierfür neue schwere Bedingungen gestellt, die in keiner Beziehung zum Friedensvertrage stehen. Die deutsche Regierung wünscht nach wie vor eine schnelle Herstellung des Friedenszustandes durch Inkraftsetzung des Versailler Vertrages.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 6. Dez.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung. Er gedenkt der 1. Sitzung, die heute vor 25 Jahren in diesem Hause abgehalten wurde.
Die Regelung des Gesetzes über Zahlung der Rente in Gold wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der Beratungen des Landessteuergesetzes in Verbindung mit der Reichseinkommensteuer und der Kapitalertragssteuer.

Hg. Dühringer (D.N.): Die Steuerpläne des Finanzministeriums haben unserer Partei nicht gefallen. Das Ausland hält sie für den Ruin unseres Wirtschaftslebens. Der Mangel unserer Gegner gegenüber werden neue Papierproteste nichts nützen. Das Reichsnotopfer wirkt bei mittleren Vermögen wie eine weitere Einkommensteuer. Das Kinderprivileg züchtet das Ein-Kindersystem. Wir sprechen dem Minister nicht das Vertrauen aus.

Reichsfinanzminister Erzberger: Es ist eine maßlose Liebertreibung, zu sagen, das Reich sei nur noch ein Steuerertrug. Die sozialen Renten müssen und werden geändert werden. Das alles wird das Wirtschaftsleben stärken und beruhigen. Die Summe von 24 Milliarden muß unter allen Umständen beschafft werden. Die Finanzpolitik muß etwa 30 Prozent des Volkvermögens erlassen. Die Steuerfrage, die wir fordern, sind meines Erachtens das Höchstmögliche, was wir unserer Wirtschaft zumuten können. Das Kinderprivileg wird in Zukunft ganz anders wirken, als bisher. Nach unserer Auffassung wird es ein Gewaltstreik der Einkommen sein, wenn sie Hand an unehere Steuern legen wollte. Wollten wir darauf Rücksicht nehmen, dann dürften wir überhaupt keine erheben. Die Voraussetzung für die Veranlagung, also die Begriffe, wie Einkommen und Vermögen, könnten bald und besonders festgelegt werden nach vor Weisachten. Die Ausgestaltung des Tarifs hätte dann Zeit bis nach Weihnachten.

Hg. Feder-Hessen (Dtch. Sp.): Ob die Einkommen nach dem Friedensvertrag ein Recht hat, die Hand auf das Reichsnotopfer zu legen, ist gleichgültig. Sie hat die Macht dazu und wir müssen befürchten, daß sie diese Macht benutzt. Es empfiehlt sich, das Notopfer zurückzustellen oder ihm eine andere Form zu geben. Die Kosten der Unterhaltung der Ententeuppen werden noch steigen. Wenn die Beamtenbesoldungsreform zum 1. April nicht fertig wird, so muß den Beamten jedenfalls mit Teuerungszuschlägen geholfen werden. Gegen eine Erhöhung der Kohlensteuer haben wir Bedenken. Die Kapitalertragssteuer in ihrer jetzigen Fassung ist ebenso eine Unmöglichkeit.

Hg. Wurm (Unabh.): Die Reichseinkommensteuer geht so tief herunter, daß sie wirkt wie eine indirekte Steuer, weil sie die wirtschaftlich Schwachen mehr belastet als die Starken. Die Methode, die Steuern durch Kleinmarken seitens der Arbeitgeber einzutreiben, erfaßt die Festbesoldeten, haarscharf, bleibt aber hilflos gegenüber dem Kaufmann und Landwirt. Die Einschränkung des Steuerrechts der Länder und Gemeinden lehnen wir ab. Der Gedanke der Kapitalertragssteuer ist richtig, sie müßte noch oben stärker gestaffelt werden, und zwar progressiv. Alle Steuergesetze werden nur dazu beitragen, das Geld zu vermehren. Nur die scharfe Absage an die kapitalistische Produktion kann uns retten.

Hg. Dr. Hein (bei keiner Fraktion): Die

Letzter Zeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919